

Die Pandemie als Herausforderung – Neues Denken im 21. Jahrhundert

EIN VORTRAG DER GORBACHEV FOUNDATION

MICHAIL GORBATSCHOW

Ehemaliger Präsident der Sowjetunion bis 1991 | Für seine entscheidende Rolle bei den Abrüstungsverhandlungen mit den USA und somit bei der Beendigung des Kalten Krieges erhielt er 1990 den Friedensnobelpreis

Michail Gorbatschow (Leiter der Autorengruppe), Pavel Palazhchenko, Vasily Zharkov, Olga Zdravomyslova, Karen Karagezyan, Vladimir Polyakov, Andrey Ryabov

Die moderne Zivilisation ist bedroht: Die massenhafte Ansteckung und der Tod von Hunderttausenden von Menschen in der aktuellen Pandemie stellen eine bisher unbekannte, neue Herausforderung dar. Diese Herausforderung verschärft bereits seit längerer Zeit bestehende, ungelöste Probleme und ist gleichzeitig deren Folge. Eine Antwort darauf muss daher komplex und umfassend sein. Die Menschheit steht vor der Aufgabe, gemeinsam ein neues Niveau internationaler Zusammenarbeit zu erreichen und ein zuverlässigeres System globaler Sicherheit zu etablieren. Die Besonderheit der aktuellen Krise besteht darin, dass sie zu einer Notlage geführt hat, die „hier und jetzt“ akut ist und alle Schichten der Gesellschaft betrifft. Der Weg zur Bekämpfung der Krise darf also nicht lediglich partikuläre oder rein technische Maßnahmen umfassen. Angesichts der neuen Bedrohung bedarf es eines fundamentalen Umdenkens in allen Bereichen globaler Politik.

„Die Bedrohungen, die man Ende des vergangenen Jahrhunderts in die ferne Zukunft aufgeschoben hat, müssen heute angegangen werden. Darin liegt der Kern der historischen Epoche, die wir heute erleben.“

DAS NEUE DENKEN BAUT AUF GEMEINSAMER VERANTWORTUNG FÜR DAS ÜBERLEBEN DER MENSCHHEIT AUF Jeder Appell zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen kann von den Einzelstaaten als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des eigenen Landes aufgefasst werden. Dies kann die Durchsetzung internationalen Rechts faktisch blockieren: Internationale Gesetze können den Vorstellungen widersprechen, die Einzelstaaten von ihren Rechten und nationalen Interessen haben. Darin besteht das Paradoxe des modernen Systems internationaler

Beziehungen. Die Notwendigkeit, die Grundlagen internationaler Politik auf den Prüfstand zu stellen, kristallisierte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre heraus. Das Konzept des Neuen Politischen Denkens, das in den Jahren der Perestrojka entstand, baut auf der Grundannahme auf, dass Regierungen und Völker sich zur gemeinsamen Verantwortung für das Überleben der Menschheit bekennen. Dies geschieht unter der Prämisse der wechselseitigen Achtung der Souveränität und der Verpflichtung, sich nicht in innere Angelegenheiten einzumischen. Dieses Neue Denken zielte darauf ab, die Welt auf der Grundlage bestimmter allgemeinemenschlicher Werte neu zu gestalten. Die wichtigsten dieser Werte sind Leben, Freiheit und Sicherheit für alle und jeden.

DIE PANDEMIE FORDERT KOOPERATION STATT KONFRONTATION

Die Pandemie 2020 zeigt erneut, wie dringlich geboten es ist, rasch von einer Haltung der Konfrontation zur Kooperation zu finden. Es liegt auf der Hand, dass der Kampf gegen die Pandemie und die Folgen der durch sie ausgelösten Krise unverzügliches Handeln erfordert, um Menschenleben zu retten und eine noch größere Katastrophe abzuwenden. Die Grundkonzepte des Neuen Denkens müssen zurück auf die Agenda der Weltpolitik angesichts der Tatsache, dass die Welt wieder vor der Wahl steht: Entweder lassen wir weiterhin in erster Linie Instinkte walten, die primär nationale Egoisten bedienen. Oder wir gestehen ein, dass die moderne Zivilisation an eine Grenze gestoßen ist, wo die wechselseitigen Verquickungen und Abhängigkeiten der Staaten eine neue globale Politik erfordern. Die Zukunft der Menschheit hängt von dieser Entscheidung ab.

Vor 30 Jahren verkörperte das Neue Politische Denken die Hoffnung auf Fortschritt, Demokratisierung und eine gerechtere Ausgestaltung der internationalen Beziehungen. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre

ermöglichte es die Beendigung des Kalten Krieges. Der Zerfall der UdSSR und die Neueinschätzung der Folgen des Kalten Krieges führten dazu, dass die weltweite Situation sich kontinuierlich verschärfte und neue Herausforderungen entstanden. Heute sind wir konfrontiert mit der Notwendigkeit einer Neugestaltung der Globalisierung, zunehmenden Konfliktpotenzialen auf der ganzen Welt, einem neuen Erstarren autoritärer Regime und der damit einhergehenden Bedrohungen der Zukunft der Demokratie. Die Schwachstellen des derzeitigen Modells der Globalisierung traten angesichts der durch die Pandemie ausgelösten Krise deutlich zutage. Nach der Pandemie werden gewisse Kontakt- und Reiseeinschränkungen zwischen verschiedenen Ländern noch einige Zeit bestehen bleiben. Moderne Wirtschaftssysteme können sich jedoch nicht innerhalb nationaler Grenzen weiterentwickeln. Das bedeutet, dass die Problemlösungen für das Funktionieren der Weltwirtschaft und der „Megagesellschaft“ Hand in Hand gehen müssen mit den internationalen Anstrengungen zur Gewährleistung der biologischen und medizinischen Sicherheit.

EINE NEUE POLITIK MUSS DER KOMMERZIALISIERUNG ALLER LEBENSBEREICHE ENTGEGENWIRKEN

Tödliche Viren entstehen in den armen Ländern der „Dritten Welt“ (wie das Ebola-Virus in Westafrika), oder aber in Ländern, wo die Schere zwischen entwickelten und weniger entwickelten Regionen deutlich auseinanderklafft, wie in China. Da ein Virus keine Grenzen kennt, werden die reichen, hochentwickelten Länder nicht umhinkönnen, ihre Politik im Umgang mit den Entwicklungsländern zu überdenken und neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Neue Aktualität gewinnt die Frage, wie die Hilfe für Peripherieländer effektiv gestaltet werden kann. Eine neue und im Vergleich mit dem neoliberalen Modell gerechtere Ausgestaltung der Globalisierung kann nur dann konzipiert und umgesetzt werden, wenn innerhalb der „Kernländer“ des modernen Weltsystems eine neue Politik entsteht, die darauf ausgerichtet ist, Ungleichheiten abzubauen und einer Kommerzialisierung aller Lebensbereiche entgegenzuwirken. Die Pandemie wird zu einem Faktor, der die Konflikte auf der ganzen Welt verstärkt. Die Antagonismen zwischen Amerika und China verschärfen sich. In der EU spitzt sich der Streit über die weitere Ausrichtung des gemeinsamen Weges zu. Die hochentwickelten Länder stehen vor der Notwendigkeit, die Migration einzuschränken, was wiederum die Konflikte zwi-

schen Nord und Süd sowie innerhalb der Peripherieländer verschärft. Es bedarf neuer Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Sicherheit sowie einer anderen Politik insbesondere der führenden Staaten der Welt.

DIE PANDEMIE BEGÜNSTIGT DAS WIEDERERSTARKEN AUTORITÄRER REGIME

Ein echter Hemmschuh für die Umsetzung der Prinzipien des Neuen Denkens ist die Tatsache, dass die Demokratisierungswelle in vielen Ländern durch ein Wiedererstarren autoritärer Regime abgelöst worden ist. Im Zuge der Pandemie findet diese Form der Staatsführung immer mehr Anhänger. Nach einem Bericht des Forschungsinstituts Freedom House hat die Coronapandemie zu einem „niederschmetternden Rückschlag für die Demokratie“ in 29 sogenannten „Staaten im Umbruch“ geführt.⁴ Die Pandemie bewirkte, dass Bürgerrechte schneller beschränkt werden konnten, auch in Ländern mit langjähriger demokratischer Tradition. So wird die zunehmende Bedrohung einer staatlichen digitalen Überwachung von Bürgern immer offensichtlicher. In diesem Zusammenhang reicht es nicht aus, lediglich auf gesetzliche Einschränkungen zu zählen. Ein Gegengewicht ist vonnöten: eine stärkere gesellschaftliche Kontrolle der Aktivitäten staatlicher Organe auf allen Ebenen, sowie eine verbindlichere Rechenschaftspflicht dieser Organe. Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Weiterentwicklung von Instrumenten direkter Demokratie zu, ebenso wie einer aktiveren Implementierung elektronisch gestützter demokratischer Partizipation.

Die schöne Welt, die lediglich für eine Minderheit existierte („Belle Époque“), stürzte bereits in den Jahren des Ersten Weltkriegs in sich zusammen. Seit-her hat es bis in unsere Zeit hinein keinen Versuch mehr gegeben, etwas Vergleichbares zu etablieren. Deshalb können Initiativen, die darauf abzielen, eine zukünftige „digitale Welt“ zu schaffen, die im Wesentlichen die Interessen einer „kreativen Minderheit“ bedient, nur die Alarmglocken schrillen lassen. Als Gegengewicht dazu wird eine neue soziale und ökologische Politik vonnöten sein. Diese muss auf die Interessen der Mehrheit zugeschnitten sein und kann zu einem Wegweiser für die Welt werden, ebenso wie neue Formen und Institutionen internationaler sozialer Solidarität. Es zeichnet sich ab, dass ein neues sozialdemokratisches Projekt nötig ist, nicht nur für linksgerichtete Bewegungen und sozial schwache, schutzlose Bevölkerungs-

gruppen. Ein solches Projekt ist vielmehr notwendig für die Gesellschaft als Ganzes, um die Interessen der gesellschaftlichen Mehrheit und Minderheit sowie der verschiedenen gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen miteinander auszutarieren.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN SIND ORGANE EINES WELTWEITEN DEMOKRATISIERUNGSPROZESSES

Es ist an der Zeit, internationale Organisationen nicht so sehr als Organe einer weltweiten Regierung zu verstehen, sondern vielmehr als Organe eines weltweiten Demokratisierungsprozesses: Die Demokratisierung der Gesellschaft und der internationalen Beziehungen sind nicht voneinander zu trennen. Jedes Land muss selbst entscheiden, welchen Weg es gehen will. Keines darf einem anderen sein Verständnis von Demokratie aufzwingen, erst recht nicht mit Waffengewalt.“²

Die durch die Ausbreitung des Virus ausgelöste Krise trägt internationale, grenzüberschreitende Züge. Sie betrifft die gesamte Menschheit. Vor allem hat sie in neuer Dringlichkeit die Frage nach einem Überleben der Menschheit in den Fokus gerückt. Sie zeigt, dass dem Wert des Lebens jedes Menschen absolute Priorität eingeräumt werden muss. Dies ist die unabdingbare Voraussetzung für das Überleben der menschlichen Zivilisation als Ganzes. Der große zeitgenössische Philosoph Jürgen Habermas sagt, dass „unsere komplexen Gesellschaften ja ständig großen Unsicherheiten begegnen.“ Jedoch sei es so, dass „sich jetzt existenzielle Unsicherheit global und gleichzeitig verbreitet“, da für alle Regierungen und Gesellschaften „die Unsicherheit sich nicht nur auf die Bewältigung der epidemischen Gefahren, sondern auf die völlig unabsehbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen bezieht“.³

SICHERHEIT IST UNTEILBAR: ES GIBT SIE ENTWEDER FÜR ALLE ODER GAR NICHT

Heute kommt demjenigen Prinzip des Neuen Denkens besondere Aktualität zu, nach dem in der modernen Welt die Sicherheit unteilbar ist. Sicherheit wird es entweder gleichermaßen für alle geben oder gar nicht. Mit anderen Worten: Es ist unabdingbar, dass die eigene Sicherheit jedes Landes mit der Sicherheit aller anderen Mitglieder der Weltgemeinschaft korrespondiert. Sie kann nur erreicht werden, wenn die Kontrahenten auf der Weltbühne gezwungen sind, zu Partnern zu werden und gemeinsam einen Weg zur allgemeinen Sicherheit zu suchen. Auf der anderen Seite darf unter den gegenwärtigen Gegebenheiten

nicht mehr danach gestrebt werden, die eigene Sicherheit und den eigenen Wohlstand auf Kosten anderer zu erreichen. Es gibt in unserer Zeit bereits ein Bewusstsein für diese Zusammenhänge. So starteten im Mai dieses Jahres Kanzlerin Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron angesichts der wirtschaftlichen Krise und der Zerreißprobe für den Zusammenhalt der EU infolge der Pandemie eine Initiative, mit EU-Anleihen den am stärksten von der Pandemie betroffenen Ländern Hilfe zukommen zu lassen. Macron nannte den französisch-deutschen Vorstoß eine „echte Änderung in der Ideologie“. Mujtaba Rahman, Europa-Experte der „Eurasia-Group“, merkte an: „Das wird eine europäische Revolution – wenn der Plan umgesetzt wird.“⁴

DAS PRINZIP DER UNTEILBAREN SICHERHEIT SCHAFFT ECHTE GLEICHSTELLUNG IM INTERNATIONALEN DISKURS

Dass Sicherheit unteilbar ist, ist in der aktuellen Situation noch offensichtlicher geworden: Im Kampf um Sicherheit stehen heute Ärzte und Wissenschaftler an vorderster Front. Deren Berufe kennen keine Grenzen und nationalen Unterschiede. Sobald ein Impfstoff gegen das Coronavirus gefunden ist, muss dieser gleichermaßen allen Ländern verfügbar gemacht werden. Denn Sicherheit kann nur dann gewährleistet werden, wenn Länder und Völker konzertiert handeln. Folgt man dem Prinzip, dass Sicherheit unteilbar ist, so schafft dies die Voraussetzungen für eine echte Gleichstellung aller Staaten, die am internationalen Diskurs teilnehmen. Hierfür wiederum ist ein größeres Vertrauen zwischen den Ländern unabdingbar. Bis zum heutigen Tag hat die beharrliche Weigerung, die grundlegenden Forderungen des Neuen Denkens umzusetzen, zu einer kontinuierlichen Zunahme der Bedrohungen für die Welt geführt. Aber jetzt ist eine neue Situation eingetreten. Die Bedrohungen, die man Ende des vergangenen Jahrhunderts in die ferne Zukunft aufgeschoben hat, müssen heute angegangen werden. Darin liegt der Kern der historischen Epoche, die wir heute erleben.

DAS NEUE DENKEN WILL KEINE NEUE WELTORDNUNG, SONDERN VERBINDLICHE GRUNDPRINZIPIEN

Wird es der Menschheit gelingen, im 21. Jahrhundert das eigene Überleben zu sichern? In einem im April 2020 im amerikanischen Wochenmagazin Time erschienenen Artikel über die möglichen Lehren und Folgen der eben beginnenden Pandemie schrieb Gorbatschow, dass eine „komplette Revision der internationalen Agenda“ anstehe.⁵

Genau dieser Aufgabe hatte sich auch das Neue Politische Denken vor 30 Jahren zu stellen. Wie damals geht es auch heute nicht um eine „neue Weltordnung“, sondern um Grundprinzipien, nach denen die Beziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften in der modernen Welt gestaltet werden müssen. Das Neue Denken im 21. Jahrhundert stützt sich auf einige eng miteinander verbundene Prinzipien: die Notwendigkeit, das Verständnis von Sicherheit zu überdenken sowie den Dialog, das Vertrauen und die Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet zu fördern.

Das vorliegende Essay ist ein Auszug des Papers „The Pandemic as a Challenge and New Thinking in the 21st Century“, das im Rahmen des Expertise Round Tables, einem ständigen Projekt der Gorbatschow-Stiftung, erstellt wurde. Zu dem von Michail Gorbatschow geleiteten Beitragsteam gehören Pawel Palazchtschenko, Wassili Scharkow, Olga Drawomyslowa, Karen Karagezjan, Wladimir Polyakow und Andrej Rjabow.

¹ *Freedom House, 2020: Nations in Transit 2020 Finds Weakened Institutions in Europe and Eurasia as Politicians Flout Democratic Norms. Washingtons | [LINK](#)*

² *Mikhail Gorbachev, 2019: What is At Stake Now: My Appeal for Peace and Freedom. Ves Mir Press (in Russian), Moscow*

³ *Jürgen Habermas: So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie. Frankfurter Rundschau, Frankfurt | [LINK](#)*

⁴ *Steven Erlanger, 2020: Merkel, Breaking German 'Taboo,' Backs Shared EU Debt to Tackle, The New York Times, 18 May 2020 | [LINK](#)*

⁵ *Mikhail Gorbachev, 2020: When the Pandemic is Over, the World Must Come Together, Time, 15 April 2020 | [LINK](#)*





IMPRESSUM

Alfred Herrhausen Gesellschaft

Mitglieder der Geschäftsführung: Dr. Anna Herrhausen und Daniela Kaiser

Unter den Linden 13-15

10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 3407 5559

Fax. +49 (0)30 3407 4209

E-Mail: info.ahg@db.com

Handelsregister: AG Charlottenburg, 116881B